

## Tagesordnungspunkt 3

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes  
Wiesbaden-Naurod am 18. Februar 2014

### *Bezuschussung Gemeindepädagoge*

---

#### Beschluss Nr. 0003

**Der Ortsbeirat bittet den Magistrat, die bezüglich der Zuschussung der „Offenen Jugendarbeit“ der ev. Kirchengemeinde Naurod derzeit festgelegte Obergrenze (Zuschussvertrag vom 30.12.2011) nicht weiter anzuwenden, sondern zukünftig wieder die tatsächliche, 85 %-ige Deckung zu gewährleisten.“**

#### **Begründung:**

Die Evangelische Kirchengemeinde Naurod bietet seit Jahren mit großem Erfolg eine offene Jugendarbeit an. Hierfür ist eine halbe Personalstelle vorhanden. Die hierfür aufzuwendenden Personalkosten werden aufgrund vertraglicher Zusagen zum größten Teil von der Landeshauptstadt Wiesbaden durch Zuschüsse an die Evangelische Kirchengemeinde Naurod getragen. Diese Zuschüsse sind jedoch auf 16.500 EUR jährlich begrenzt. Die restlichen Personalkosten sind von der Kirchengemeinde aufzubringen. Diese betragen im Jahr 2012 über 6.600 EUR, mithin knapp 30 % der Personalkosten, was die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kirchengemeinde deutlich übersteigt. Die Leistungsfähigkeit der Kirchengemeinde, insbesondere durch Spendenaufkommen, lässt allenfalls das Tragen eines Kostenanteils von 15 % zu. Daher ist für die dauerhafte Sicherstellung dieser für Naurod wichtigen Tätigkeit ein städtischer Zuschuss in Höhe der tatsächlich entstehenden Personalkosten mindestens aber iHv. 85 % notwendig. Andernfalls sieht die Evangelische Kirchengemeinde Naurod die halbe Stelle als gefährdet an.

Der Ortsbeirat erinnert daran, dass er im Rahmen seiner Haushaltsanmeldungen seit Jahren, zuletzt am 9. Oktober 2013, um die Ausweitung der Stelle des Jugendarbeiters auf eine Ganztagsstelle und um entsprechend höhere Personalkostenzuschüsse bittet. In der dazu erfolgten Stellungnahme des Amtes für Soziale Arbeit wurde Naurod als ein Stadtteil „mit niedrigen sozialen Bedarfslagen“ eingestuft und aus diesem Grund die vorhandene halbe Stelle für ausreichend erachtet. Wengleich der Ortsbeirat nach wie vor grundsätzlich eine Ausweitung auf eine Ganztagsstelle anstrebt, so bittet er den Magistrat aber vor diesem Hintergrund darum, wenigstens die halbe Stelle weiterhin sicherzustellen, indem er die städtischen Zuschüsse wie beantragt gewährt.

#### Verteiler:

Dezernat II  
10 15 00

z. w. V.  
Wv.

Nickel  
Ortsvorsteher